

Niederschrift

KA/047/2013

der 47. Sitzung des Kreisausschusses - **öffentlicher Teil** - am Montag, dem 02.12.2013, 16:07 Uhr, in das Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Ratssaal

Anwesenheit:

Landrätin

Sojka, Michaela

Fraktion CDU

Melzer, Uwe
Ronneburger, Jürgen

Fraktion SPD

Schwerd, Dirk

Fraktion Die Linke. Altenburger Land

Tempel, Frank

Fraktion FDP

Scheidel, Daniel

Fachbereichsleiter

Gräfe, Christine
Thieme, Ronny
Wenzlau, Bernd

krank

Fachdienstleiter

Heiner, Jens
Hertling, Marion
Schlegel, Wolfram
Wolf, Thomas

Kämmerei
Personal
Wirtschaftsförderung/Tour.
Recht

weitere Teilnehmer

Schmitt, Frank

Stabsstelle

Gäste

Liefländer, Klaus-Peter

KTM, bis 17:40 Uhr

Vorsitz: Michaelae Sojka
Schriftführung: Gudrun Benndorf
Beginn der Sitzung: 16:07 Uhr
Ende der Sitzung: 17:45 Uhr
 (Unterbrechung für nicht öffentliche Sitzung von 16:22 Uhr bis 17:32 Uhr)

Die Landrätin eröffnet die Kreisausschusssitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie Beschlussfähigkeit fest. Folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt:

Tagesordnung:

	Drucksachen Nr.
1	Genehmigung der Niederschrift über die 46. Sitzung vom 11.11.13
2	Informationen, Allgemeines
3	Vergabe von Lieferleistungen >50.000 Euro, Lieferung von Heizöl für Schulen des Landkreises Altenburger Land V-KA/47/01/2013nö
4	Verfahrenstechnische Begleitung "Regionalbudget für das Altenburger Land" V-KA/47/02/2013nö

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 46. Sitzung vom 11.11.13

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Informationen, Allgemeines

Frau Sojka verweist darauf, dass die Ausschussmitglieder heute einen Terminplanvorschlag für die Ausschuss- und Kreistagssitzungen 2014 erhalten haben. Mit der neuen Wahlperiode wird der Bitte von Herrn Scheidel entsprochen, Jugendhilfeausschuss und WUBA nicht mehr parallel durchzuführen. Herr Melzer bemängelt, dass nur 5 Kreistagssitzungen geplant sind. Es wird darauf verwiesen, dass regelmäßig nur 5 Sitzungen geplant werden, aber 6 - 7 tatsächlich stattfinden. Außerdem muss abgewartet werden, welche Regelungen der neue Kreistag dazu trifft.

Die Fraktionsvorsitzenden haben mit der Post die Antwort an Herrn Tempel bezüglich der Übertragung von Kreistagssitzungen ins Internet erhalten.

Weiter haben sie heute das Antwortschreiben auf die Fragen der SPD-Fraktion vom 13.09.13 zum Thema Personal erhalten. Für die Beantwortung inzwischen neu eingegangener Fragen wird einige Zeit benötigt, da laufende Verwaltungsaufgaben prioritär abgearbeitet werden müssen und der Arbeitsanfall im FD Personal derzeit durch eine hohe Anzahl von Ausschreibungen und darauf eingehende Bewerbungen sehr hoch ist.

Weiter erhielten heute die Fraktionsvorsitzenden ein Schreiben des Thüringer Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, welches die Bestätigung unseres „Maßnahmeplanes zum Aufbauhilfeprogramm.... infolge des Hochwassers“ enthält.

Frau Sojka wurde durch ein Rundschreiben vom Landkreistag über finanzielle Nachbesserungen in Höhe von 136 Mio. € informiert. Offiziell liegen dazu bislang keine

Informationen vor. Möglicherweise muss das Land zunächst einen Nachtragshaushalt beschließen. Sie hofft, dass wir bis zum März 2014 Klarheit haben. Bereits bekannt ist, dass die Krankenhausumlage nicht so reduziert wird, wie im Plan veranschlagt. Mit den 580 T€ aus der Nachbesserung kann nicht einmal die bereits eingestellte Reduzierung ausgeglichen werden.

Sie kritisiert erneut die Praktik des Landes, bei den kommunalen Trägern Geld einzusammeln und anschließend auch an private Träger zu verteilen.

Herr Schwerd nimmt Bezug auf die Pressemitteilung, dass der Neujahrsempfang nicht stattfinden soll. Er möchte von der Landrätin eine Erklärung haben, welche Auswirkungen das auf die Wirtschaft hat, weil dieser Termin in seiner Regelmäßigkeit für die Wirtschaftsgrößen auch als Wirtschaftsförderung begriffen werden kann und inwieweit eine solche Entscheidung im Kreisausschuss vorberaten werden sollte, weil das die Außenwirkung des Kreises betrifft.

Frau Sojka antwortet, dass sie mit mehreren Personen aus der Wirtschaft darüber gesprochen hat. Es gab ein gutes Feedback zum Empfang im Sommer des vergangenen Jahres, deshalb wurde auch die Idee, beide Veranstaltungen zusammenzulegen, begrüßt. Weiter verweist sie auf die vorläufige Haushaltsführung zu Beginn 2014 und die umfangreiche Arbeit für die HH-Planaktualisierungen, den Jahresabschluss u.a.m. Die umfangreichen Vorbereitungen für einen Neujahrsempfang im Haus müssen durch eigene Mitarbeiter erfolgen, die kaum genügend finanzielle Mittel für pflichtige Aufgaben haben. Vorläufige Haushaltsführung bedeutet, nur unabweisbare Aufgaben wahrzunehmen. Dazu gehört ein solcher Empfang nicht.

Herr Melzer teilt Herrn Schwerds Ansicht, dass der Neujahrsempfang immer eine willkommene Begegnung zwischen Unternehmern, Politikern usw. war, wo Abstimmungen über regionale Themen stattfinden. Das zeigt auch die hohe Teilnehmerzahl. Die Unternehmergrillparty dagegen fand von Jahr zu Jahr weniger Zuspruch.

Er führt aus, dass in einem Pressegespräch von der Landrätin gesagt wurde, dass der Kreistag den Haushalt von der Tagesordnung zurückgezogen hätte. Diese Aussage sei falsch, weil lediglich eine 1. Lesung vorgesehen war. Die Verwaltung hätte ihren Vorschlag vorlegen müssen, um ein Votum zu erhalten. Erst dann hätte man gewusst, ob im kommenden Jahr die Haushaltsführung vorläufig ist. Von den Kommunen wird auch verlangt, bis 30.11. die Haushalte einzubringen. Herr Ronneburger schließt sich Herrn Melzers Kritik an.

Frau Sojka erwidert, dass sie aufgrund der Aussage mehrerer Kreisausschussmitglieder, den Haushaltsplan bis zum Dezember nicht durcharbeiten zu können, entschieden hat, den Plan dem Kreistag im März 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen, da sie für eine Beschlussfassung im Dezember keine Mehrheit gesehen hat.

Frau Sojka unterbricht die öffentliche Sitzung um 16:22 Uhr und leitet zur nicht öffentlichen Sitzung über.

17:32 Uhr wird die öffentliche Sitzung mit TOP 3 fortgeführt.

V-KA/47/01/2013nö

TOP 3 Vergabe von Lieferleistungen >50.000 Euro, Lieferung von Heizöl für Schulen des Landkreises Altenburger Land

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 50:

Der Kreisausschuss beschließt, den Auftrag zur Lieferung von Heizöl für die Schulen des Landkreises Altenburger Land der Firma

**Präg Energie GmbH & Co. KG
Niederlassung Heidenau
Verkaufsleiterin Frau Elke Thomas
Siegfried-Rädel-Straße 13
01809 Heidenau**

auf das Angebot vom 21.10.2013 mit einer Bruttoauftragssumme in Höhe von **137.869,12 Euro** zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Von den 6 beschließenden Mitgliedern des Kreisausschusses waren zur Abstimmung 6 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

V-KA/47/02/2013nö

TOP 4 Verfahrenstechnische Begleitung "Regionalbudget für das Altenburger Land"

Es kommt zur Diskussion über Abstimmungsmodalitäten. Herr Ronneburger verweist darauf, dass Herr Melzer an der Auswertung der Angebote teilgenommen hat und eine andere Meinung vertritt als im Beschlussvorschlag dargelegt. Die Landrätin erwidert, dass sie Herrn Melzer auf seinen Wunsch hin die Teilnahme an der Auswertung gestattet hat, aber für das rechtmäßige Handeln die Verwaltung zuständig ist. Laut Auswertungsunterlagen belegt der von der Verwaltung vorgeschlagene Bieter den Platz 1 und der von Herrn Ronneburger vorgeschlagene Bieter erst den dritten Platz. Herr Ronneburger verweist darauf, dass er einen Änderungsantrag gestellt hat und empfiehlt der Landrätin „Machen Sie, was Sie wollen, wir können das auch prüfen lassen.“ Im Ergebnis der Kontroverse stellt die Verwaltung fest, dass es sich nicht um eine Erweiterung des Verwaltungsantrags handelt und damit auch nicht um einen darüber hinausgehenden Antrag.

Herr Tempel stellt fest, dass im Fall der Vergabe an den Letztplatzierten die besser platzierten Bieter Vergabebeschwerde einreichen können. Herr Melzer antwortet, dass diese ja gar keine Information darüber bekommen und deshalb gar nicht dagegen vorgehen können.

Herr Wolf verweist darauf, dass es zwar keine öffentliche Ausschreibung war, aber es darum geht, dass tatsächlich das wirtschaftlichste Angebot herausgefunden werden muss, um auf der sicheren Seite zu sein.

Frau Sojka bittet um Abstimmung über ihren Antrag. *Mit 2 Ja-Stimmen und 4 Gegenstimmen wird der Antrag abgelehnt.*

Frau Sojka stellt fest, dass es nun zunächst mit dem Regionalbudget nicht weitergeht. Sie wird eine Prüfung der Einwände vornehmen lassen und zu gegebener Zeit den Kreisausschuss erneut einberufen.

Herr Ronneburger empfiehlt zur Einigung, den Regionalbeirat einzuberufen, was bereits für November vorgesehen war. Er schlägt vor, dass der Regionalbeirat darüber abstimmen soll, da das Geld aus dem Regionalbudget kommt.

Frau Sojka verweist darauf, dass der Beirat lediglich eine beratende Funktion hat. Wenn der Beirat sie falsch berät, wird sie dennoch nicht falsch handeln. Bei Mittelvergaben über 50.000 € liegt die Zuständigkeit laut Geschäftsordnung beim Kreisausschuss. Wenn der Kreisausschuss keinen neuen Regionalmanager bestimmt, kann die Arbeit ab 1.1.14 im Lenkungsbeirat nicht fortgesetzt werden.

Herr Ronneburger vertritt die Auffassung, dass der Regionalbeirat über jedes Projekt des 900.000 €-Budgets entscheidet und nicht die Landrätin. Frau Sojka entgegnet, dass nicht sie darüber entscheidet, sondern der Kreistag mittels Beschluss des Maßnahmenplans. Frau Sojka gibt Herrn Wolf das Wort zur rechtlichen Erläuterung.

Herr Wolf erläutert, dass es selbstverständlich so ist, dass das Geld durch die Haushalte der Projektträger geht. Also gilt die Thüringer Kommunalordnung und die Regelung im Hause. Wenn also Geld aus dem Kreishaushalt nach außen gegeben wird, dann ist das entsprechende Gremium dafür zuständig. Entscheiden kann der Beirat nicht.

Herr Ronneburger meint, dass er nur einen Kompromissvorschlag unterbreitet hat.

Frau Sojka verweist darauf, dass das Problem genau darin besteht, dass bisher das Gesetz missachtet wurde. Sie wird unrechtmäßigen Vorschlägen nicht folgen. Sie wird den Lenkungsbeirat nicht einberufen, bevor das Verfahren nicht geklärt ist.

Herr Melzer findet die Diskussion tragisch. Unter dem ehem. Landrat Rydzewski wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Lenkungsbeirates gewählt. Die Landrätin wurde durch die Regionalbeiratsmitglieder schriftlich gebeten, im Beisein von Herrn Stalph ein klärendes Gespräch zu führen.

Frau Sojka erwidert, dass sie Herrn Stalph für die Augustsitzung eingeladen hatte, dieser aber abgesagt hat. Herr Ronneburger meint, dass sie ihn erneut hätte einladen müssen, aber offenbar wolle sie das nicht.

Frau Sojka betont abschließend, dass sie sich nicht zu unrechtmäßigem Handeln zwingen lassen wird und schließt die Sitzung um 17:45 Uhr.

Altenburg, 16. Dezember 2013

Die Vorsitzende

Die Schriftführerin

Michaele Sojka
Landrätin

Gudrun Benndorf
Büro des Kreistages